

Herr Ritter, Sie leiten im Witterer Rathaus den Fachbereich Organisation und Ordnung – was motiviert Sie, nun an die Spitze der Verwaltung rücken zu wollen?

Ich bin im Stadtgebiet aufgewachsen, hier fest verwurzelt und mit vielen Menschen vernetzt. Außerdem kenne ich die aktuellen Diskussionsthemen und Problemlagen, die uns auch als junge Familie beschäftigen. Von daher sehe ich die Kandidatur für mich als Familienvater als einmalige Chance an, die wichtigen Themenfelder mitzugestalten und die Stadt Witteren in zukunftsorientierten Themen voranzubringen.

Warum treten Sie als Parteiloser an?

Der Bürgermeister muss neutral sein, das verlangt schon die Kommunalverfassung. Wichtig ist mir, meine Entscheidungen nicht von parteipolitischen Zwängen abhängig machen zu müssen, sondern sachthemenorientiert Entscheidungen für die Stadt zu treffen. Es sollte um die beste Lösung gestritten werden dürfen und gegebenenfalls Kompromisse erzielt werden. Zudem möchte ich offen sein für Ideen und Anregungen aus der Bürgerschaft.

Wie wollen Sie die Verwaltung gestalten?

Die Verwaltungsmodernisierung wird in jedem Fall auch ein zentrales Thema werden. Sie stellt für mich die Grundlage für die erfolgreiche Umsetzung der zahlreichen Aufgaben und Projekte dar. Im Ergebnis soll sie zu beschleunigten Prozessen führen, die Kosteneinsparungen mit sich bringen und zu Kundenzufriedenheit führen wird. Das Kernelement der Modernisierung liegt in der Neuausrichtung des Verhältnisses zwischen Politik und Verwaltung - ein Verhältnis, das auf Vertrauen aufbaut und eine stärkere Verantwortungs- und Kompetenzabgrenzung vorsieht. Die Aufgabe der Politik ist es, die Strategielücke zu schließen und Ziele und Maßnahmen festzulegen, die auf das Leitbild einzahlen. Die operative Umsetzung der Maßnahmen obliegt jedoch der Verwaltung. Die Organisation muss sich natürlich der neuen Zielausrichtung anpassen. Hier wird es Veränderungen in der Verwaltungsstruktur geben. So möchte ich beispielsweise die Wirtschaftsförderung als Stabsstelle dichter an das Bürgermeisteramt holen.

Welche Aufgabe halten Sie in den kommenden Jahren für die wichtigste?

Ich möchte die jungen Menschen, die das Stadtgebiet zur Berufsausbildung oder zum Studium verlassen haben, wieder zurückzuholen und ihnen hier im Stadtgebiet Anreize und Perspektiven geben, sich hier dauerhaft mit ihrer Familie niederzulassen. Wichtig ist daher die funktionierende Infrastruktur zu bewahren, besser noch auszubauen. Zum Beispiel müssen wir in der Wohnbaulandentwicklung viel schneller werden. Das will ich als Bürgermeister forcieren, das wird Chefsache. Für junge Paare und Familien möchte ich zudem Förderanreize beim Erwerb von Wohnbauland aber auch beim Erwerb von Altbauten schaffen.

Welche Entwicklung des Hafens schwebt Ihnen vor?

Das Hafen- und Industriegebiet muss in jedem Fall flächenmäßig erweitert werden. Ob in Richtung Osten zur künftigen Autobahn hin oder in Richtung Süden. Wir müssen potentiellen Unternehmen baureife Flächen anbieten können, das ist entscheidend. Zudem muss die

Infrastruktur für den Güterumschlag ausgebaut werden, um künftig auch Schwergut umschlagen zu können.

Muss bei der A 39, die ja ohne Lärmschutzwall gebaut wird, noch mehr für den Schutz der Anrainer erreicht werden?

Es ist die Aufgabe der Stadt, sich dafür einzusetzen, und das werde ich auch tun. Der Baulastträger wird auf eingehaltene Immissionsrichtwerte verweisen und wir müssen im Rahmen der Beteiligungen den Lärmschutz als zwingende Forderung artikulieren.

Wie meistert Wittingen den sich voraussichtlich verstärkenden Verkehr rund um die Autobahn?

Eine Entlastungsstraße zu bauen, wird nicht einfach werden – aber ich setze mich dafür ein, darüber in den Austausch zu kommen. Der Verkehr in der Bahnhofstraße wird zunehmen, also müssen wir etwas tun. Ich möchte aber auch andere Straßen im Stadtgebiet nicht vergessen, unabhängig von der A 39 und ihren Auswirkungen: Bei der Sanierung von Innerortsstraßen und Wirtschaftswegen müssen wir dranbleiben. Für stark befahrene Ortsdurchfahrtsstraßen stelle ich mir die Schaffung von verkehrsberuhigenden Maßnahmen vor.

Für welche Hähnchenmast-Politik stehen Sie?

Wenn sich die Landwirte im gesetzlichen Rahmen bewegen, nachteilige Umweltauswirkungen nicht zu erwarten sind und die Vorhaben auch aus städtebaulicher Sicht nicht zu beanstanden sind, dann darf die Gemeinde keine Verhinderungspolitik betreiben. Aussagen wie, ich bin gegen Massentierhaltung, sind dagegen aus meiner Sicht nicht zielführend oder hilfreich.

Haben Sie ein Rezept gegen die Engpässe in der Kinderbetreuung, die wir derzeit erleben?

Es gibt aktuell ein Bundesprogramm „Fachkräfteoffensive für Erzieher*innen“, das Impulse zur Personalgewinnung und –bindung beinhaltet. Das Programm muss aber erst einmal anlaufen. Darauf allein können wir uns natürlich nicht verlassen. Auch der Arbeitgeber und das Umfeld, also die Kommune selbst, müssen attraktiv sein. Bis 2025 fehlen deutschlandweit 191 000 Erzieher*innen – das wird auch Wittingen noch stärker zu spüren bekommen. Diesen Fachkräftemangel können wir lokalpolitisch nicht bekämpfen, aber wir können für einen attraktiven Standort sorgen.

Welche Pläne haben Sie für die Witteringer Innenstadt?

Die Städtebauförderung eröffnet die Möglichkeit, viele Maßnahmen im privaten wie auch im öffentlichen Bereich umzusetzen. Das ist ein Baustein zur Aufwertung der Innenstadt. Freilich sorgt das noch nicht für mehr Belebung. Der Online-Handel gräbt vielen Einzelhändlern das Wasser ab. Manche Branchen werden nicht wiederkommen und ihre Neuansiedlung lässt sich nicht erzwingen. Es könnte ein Rezept sein, das vorhandene Angebot stärker in der Innenstadt zu konzentrieren – eine gezielte Schrumpfung hin zu einer zentralen Einkaufsstraße beispielsweise. Das ist jedoch ein langfristiger Prozess. Abseits dieser Einkaufsstraße könnte die Umnutzung von leerstehenden Ladenlokalen in Mietwohnraum gezielt gefördert werden. Historisch gesehen war die Innenstadt immer auch ein Raum, in dem gewohnt wurde.

Mehr Bauland oder verstärkte Innenentwicklung – wofür stehen Sie?

Beides ist wichtig und muss vorangebracht werden. Wir haben in den Ortschaften auf der einen Seite viele Altbauten, die potentiell vom Leerstand betroffen sein werden. Hier müssen wir sehen, dass wir einen Generationenübergang erreichen. Auf der anderen Seite ist die Ausweisung von neuen Wohnbaulandflächen für die weitere Entwicklung immens wichtig. Die Nachfrage ist jedenfalls da und in den letzten Jahren ist diesbezüglich zu wenig passiert. In dem Baugebiet in der Kakerbecker Straße in Wittingen hätten sogar noch weitere Bauplätze entstehen können. Durch politischen Beschluss ist die Anzahl der Bauplätze in dem Bauabschnitt aber auf 20 reduziert worden, was in der Konsequenz auch zu höheren Baulandpreisen geführt hat. Solche Entscheidungen sind kontraproduktiv.

Um jungen Paaren und Familien sowohl beim Erwerb von Altbauten als auch beim Erwerb von Wohnbauland Anreize zu geben, möchte ich eine Förderrichtlinie auf den Weg bringen, die genau das bezuschusst.

Mit welchem Gefühl gehen Sie in die Wahl?

Mit einer gewissen Spannung und Neugier. Das Feedback auf meine Kandidatur ist gut. Ich denke, die Chancen stehen gut.